

## **PROTOKOLL: NETZRAUM KÄRNTEN: GEMEINDE STEINFELD, ALTERNATIVE TRASSENFÜHRUNG**

Protokoll zu Abstimmungsgespräch APG/Gemeinde Steinfeld/A07 am 21.01.2026

Ort: LAD Sitzungsraum, Arnulfplatz 1, 9020 Klagenfurt

Von: 11:30 – 13:00

Teilnehmer:innen (alphabetisch): Lisa Ebenberger (Gemeinde Steinfeld), Klaus Gruber (A07/Fachl. Raumordnung), Wolfgang Hafner (APG), Bettina Korb-Rud (A01/STRALE), Sandra Preiml (A01/STRALE), Jürgen Dörfler (KNG), Lukas Reider (APG), Nadine Schneeberger (A07/Fachl. Raumordnung), Ewald Tschabitscher (Gemeinde Steinfeld/Bgm.)

Protokollführung: Bettina Korb-Rud

---

Frau Korb-Rud und Frau Preiml eröffnen die Sitzung und geben einen kurzen Aufriss über die Genese und bisherigen Termine zum Austausch zw. Gemeinde Steinfeld und APG.

Frau Preiml bittet zunächst Frau Schneeberger, Sachverständige der Abt. 7, zuständig für die Gemeinde Steinfeld, um die Vorstellung der örtlichen Gegebenheiten der Gemeinde Steinfeld. Frau Schneeberger erläutert anhand von Raumplanungs-Landkarten den aktuellen Stand des in Erarbeitung befindlichen Örtlichen Entwicklungskonzepts der Gemeinde Steinfeld und weist auf wertvolle Potentialflächen der Gemeinde hin, die im Zentrum der Diskussion betreffend die Trassenführung stehen.

Frau Preiml bittet Herrn Bgm. Tschabitscher um Darlegung der gemeindespezifischen Anliegen. Herr Bgm. Tschabitscher bedankt sich für das Treffen und die bislang sachliche Diskussion zum Thema. Herr Tschabitscher versteht die Sichtweise der APG, trotzdem ist es für die Gemeinde Steinfeld sehr wichtig, dass das Gewerbegebiet als einzige Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinde nicht von der 380 kV Leitung betroffen sein soll. Er erläutert, dass es keine Betriebe geben würde, die sich unter einer 380 kV Leitung ansiedeln möchten – diese Betriebe würden dann eben Grundstücke in Nachbargemeinden wählen und sich dort ansiedeln. Die Gemeinde Steinfeld hat vom eigenen Raumordnungsbüro eine Visualisierung der Masthöhen und Schatten machen lassen. Die Masten sind 80-90 m hoch – zum Vergleich: der hohe Schornstein der ehemaligen AVE Möbel ist 50 m hoch. Die Masten würden aber noch wesentlich darüber hinausragen und wären an den geplanten Standorten weithin sichtbar. Würde die APG eine alternative südlichere Trassenführung in der Nähe des Waldes und schattseitig bauen, so würden die Höhe der Masten und die Masten selbst nicht das Landschaftsbild stören. Herr Tschabitscher führt ferner aus, dass die Gemeinde selbst ein Unternehmen für Gutachten bezüglich Prüfung der geplanten Trassenführung und möglicher Trassenalternativen beauftragen wollte, dies aber nicht möglich war, da hier für diese

Unternehmen Konflikte bestehen, wenn Büros entweder für die APG tätig sind, oder später im Rahmen der UVP Prüfung für das Land Kärnten arbeiten. Weitere versierte Büros gäbe es nicht. Herr Hafner bekräftigt, dass das eine bekannte Herausforderung ist - auch die APG hat das Problem, dass Fachbüros hier sehr ausgelastet und schwer zu bekommen sind. Herr Tschabitscher erklärt, dass auch mit der Naturschutzabteilung des Landes Kärntens diesbezüglich Kontakt aufgenommen wurde und um Unterstützung angefragt wurde, die Fachabteilungen des Landes Kärnten hierfür aber nicht zur Verfügung stehen. Für die Gemeinde Steinfeld bestehe die Herausforderung darin, dass man hier als Gemeinde auf sich gestellt und ohne bereits jahrelang damit zu tun zu haben, oder sich darauf vorbereiten zu können, mit Experten der APG in einen Dialog über Machbarkeit oder Nicht-Machbarkeit der Trassenführung treten muss – ohne Vorbereitungsmöglichkeit. Die Zeit bis zur Feintrasse rennt und Herr Tschabitscher bekräftigt, dass das Bestmögliche für Steinfeld erreicht werden soll. Er verweist darauf, dass das Ergebnis dieses Termins wesentlich sein wird für weitere Beschlüsse des Gemeinderats. Auf Nachfrage von Frau Preiml bekräftigt Herr Tschabitscher nochmals, dass wenn die Trasse der 380 kV Leitung über das Gewerbegebiet respektive die wertvollen Potentialflächen gehen sollte und es keine Alternative gäbe, Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Steinfeld fehlen würden.

Frau Preiml fasst die zentralen Punkte des Bürgermeisters zusammen:

- Die aktuell geplante Trassenführung verhindere Entwicklungsmöglichkeiten für die Gemeinde, da die 380kV Leitung entlang der letzten geplanten Gewerbefläche führt und sich daher keine Unternehmen mangels Standortqualität ansiedeln würden.
- Eine alternative südlichere Trassenführung würde das Landschaftsbild wesentlich weniger stören.
- Informationsdefizit für Gemeinden: Es gibt für die Gemeinde (und vermutlich auch für andere Gemeinden) keine Möglichkeit, sich in eine gleichberechtigte Diskussion mit der APG zu begeben, da keine Informationsquellen vorhanden sind. Rennommierte Büros mit Sachverständigen arbeiten entweder für die APG oder werden in weiterer Folge im UVP-Verfahren für das Land tätig. Auch aus der Fachabteilung für Naturschutz würde niemand – auch nicht im Rahmen der Amtshilfe – zur Verfügung stehen.
- Keine Vorbereitungszeit + Unterlagen, um sich auf Sitzung mit APG zur Trassenführung vorbereiten zu können. Entscheidungen müssten binnen kürzester Zeit mit Informationsdefizit getroffen werden.

Frau Preiml bittet nun Herrn Hafner die Trassenplanungen, zu Grunde liegende Überlegungen und geprüfte Alternativtrassenführungen zu präsentieren. Herr Hafner begrüßt ebenso alle Teilnehmer:innen, bedankt sich für den Termin und betont die bisher konstruktiven Gespräche. Er präsentiert die entsprechenden Karten und erläutert, dass es bereits zwei Gesprächstermine mit der Gemeinde Steinfeld gegeben hat, Das erste Gespräch fand am 21.10.2025 mit Gemeindevertreter:innen statt, wo über eine mögliche Trassenführung gesprochen wurde. Infolge dessen hat man sich für die Prüfung einer zusätzlichen Variante zur Grobtrasse geeinigt. Er führt aus, dass die APG bei ihren Planungen an gesetzliche Grundlagen

gebunden ist. Die Planungsprämissen sind: Vermeidung von Dauersiedlungsraum und Vermeidung von Schutzgebieten, wenn es Alternativen gibt. Dann sei die Trasse auch umweltverträglich. Würden diese Vorgaben nicht eingehalten, wäre das geplante 3Mrd. Projekt nicht genehmigungsfähig. Die aktuell geplante Trassenführung weicht dem Dauersiedlungsraum aus und vermeidet Schutzgebiete in der Gemeinde Steinfeld. Er verweist darauf, dass die aktuelle Trassenführung entlang des geplanten Gewerbegebiets führen würde und nicht darüber. Außerdem würde über die Potentialfläche aktuell die bisherige 110 kV Leitung führen, sodass durch dessen Demontage in weiterer Folge das Gewerbegebiet freigemacht und dadurch für Unternehmensansiedlung verbessert würde. Er führt außerdem an, dass es Beispiele für Gewerbegebiete unter einer 380 kV Leitung gäbe – z.B. das Outletcenter Parndorf in Burgenland. Gemäß Herrn Hafner ist eine 380 kV Leitung kein ausschlaggebendes Kriterium für eine Betriebsansiedlung im Gemeindegebiet, viel wichtiger wäre die Infrastruktur.

Herr Tschabitscher verweist darauf, dass Steinfeld und generell Oberkärnten vom Raumangebot und den Anforderungen nicht vergleichbar sind mit einem Shoppingcenter im Burgenland. Die Gemeinde Steinfeld möchte eine alternative Variante mit Flußquerung der Drau (Natura 2000, FFH Schutzgebiet), entlang des südlich gelegenen Waldes (kein besonders ausgewiesenes Schutzgebiet aber als Objektschutzwald (Anm.: in höher gelegenen Gebieten) deklariert), abseits vom Siedlungs- und Gewerbegebiet. Die Anforderungen der Gemeinde sind sowohl Erhalt der potentiellen gewerblichen Entwicklungsflächen sowie Schutz des Landschaftsbildes – ein Ausweichen mit der Leitung auf die „Schattseite“ wäre hier die einzige Möglichkeit das zu erreichen.

Bürgermeister Tschabitscher erkundigte sich bei der fachlichen Raumordnung, ob es sich beim südlich gelegenen Wald, durch welche die Alternativtrasse der Gemeinde verläuft, um schützenswerten Wald handle. Der Vertreter der fachlichen Raumordnung stellt in diesem Zusammenhang klar, dass die Fachabteilung keine Stellungnahme in forstrechtlichen Fragen abgibt.

Der Planungsingenieur der APG, Herr Reider erklärt, dass im Natura 2000 Gebiet auch sehr hohe Masten von ca. 90m nötig wären, da Masten weiter gesetzt würden. Bei Querung von Flüssen ist die Prüfung von Alternativen zwingend vorgeschrieben und Herr Reider führt weiter aus und Herr Dörfler ergänzt, dass ein Natura 2000 Gebiet infolge gesetzlicher Vorschriften keinesfalls bebaut werden darf und dass beim Vorhandensein einer Alternative diese verfolgt werden müsse. Herr Hafner weist darauf hin, dass bei aktueller Gesetzeslage Mensch und Natur gleichgestellt sind, und dass die Experten der APG sehr genau wissen, was genehmigungsfähig sei. Die Trassenalternative durchs Naturschutzgebiet und den Flussquerungen wäre nicht genehmigungsfähig. Herr Tschabitscher hält fest, dass das schwer zu beurteilen ist, denn er kann hier keine Ökologen beauftragen, verweist aber auf Berg i. Drautal, wo der Berg umspannt wird. Verschiedene andere Beispiele werden angeschaut und diskutiert. Dadurch wurde ersichtlich, dass in den anderen Gebieten aufgrund Zersiedelung,

Dauersiedlungsraum sowie mehrerer und größerer Schutzgebietsflächen – im Gegensatz zu Steinfeld – keine Alternativen möglich waren.

Frau Preiml fragt nach, wo sich die Schutzgebiete befinden und Herr Reider verweist auf die Drau mit dem Vogelschutz, der Flora und Fauna. Im Prinzip ist der Vogelschutz der oberen Drau der Knackpunkt bei einer etwaigen alternativen Trassenführung, vor allem wenn es Alternativen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen gäbe. Herr Reider schlägt eine alternative Trasse entlang B100 vor, Nähe des 60 Jahre alten Wohnhauses (wobei Grenzwerte eingehalten werden müssen) und dann hinüber zur Kläranlage vor (rote Planungslinie auf gezeigter Karte) – die Höhen der Masten können dann noch ausgewiesen werden.

Frau Preiml fragt nach, ob der Standort des neuen Umspannwerks in Steinfeld außer Streit stehe – nach kurzer Diskussion wurde festgehalten, dass dieser Standort lt. Herrn Hafner und Herrn Tschabitscher bereits feststehe und für die Gemeinde auch in Ordnung gehe. (Anm. Gemeinde: Dieser Standort wurde seitens der Gemeinde vorteilhafter empfunden als der ursprünglich geplante. Dadurch, dass die Grobtrasse seitens der Gemeinde abgelehnt wird, kann auch dem Standort des Umspannwerkes nicht zugestimmt werden.)

Herr Tschabitscher fasst nochmals zusammen: Steinfeld lehnt die derzeitige Grobtrasse und die 90m – 100 m hohen Masten massiv ab.

Herr Hafner verweist darauf, dass eine Trassenführung durch das Natura 2000 Gebiet hier nicht genehmigungsfähig wäre, eine alternative Trassenführung wird von der APG aber für ein nächstes Gespräch übermittelt.

Die Teilnehmer:innen einigen sich auf einen weiteren Folgetermin zur Trassenplanung in Steinfeld, die APG kann dann planerische Details (Mastenhöhen, etc.) vorlegen.

Frau Preiml erläutert, dass zur Sitzung ein Protokoll an die Teilnehmenden und betroffenen Regierungsbüros ausgeschickt wird, bedankt sich bei allen für die Teilnahme an der Sitzung und schließt diese um 12:55 Uhr.